

# Wossische Zeitung



Verlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3686—3698, Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postzahlung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handeltel): Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: num-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: num-Zelle 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anw. 16 Pf.] • Nr 607

DIENSTAG, 20. DEZEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

## Entscheidung erst heute

### Ältestenrat vertagte sich bis nach der Reichsratsitzung

Der Ältestenrat des Reichstags hat gestern keine Beratungen noch nicht beendet, vielmehr beschloß, sich auf heute abend nach der Sitzung des Reichsrats zu vertagen, in der die Abstimmung über die Annahme erfolgt. Ein solches Beschloßes ist natürlich, den Reichstag sofort zusammenzutreten zu können, falls der Reichsrat gegen die Annahme Einspruch erheben sollte. Da ein solcher Einspruch unwahrscheinlich ist, hat auch eine Einberufung des Reichstags nach der Weisung kaum zu erwarten.

Innerhalb einer Gruppe von Nationalsozialisten besteht allerdings eine gewisse Neigung, den Reichstag auf jeden Fall noch vor Weihnachten zusammenzubekommen, um mit nationalsozialistisch-kommunistischer Majorität die Abstinenzanträge über die Winterhilfe zum Gesetz zu erheben. deren Durchführung die Kleinigkeit von 4—500 Millionen kosten würde. Die Annahme eines solchen Antrages müßte naturgemäß mit dem Konflikt mit der Regierung führen, die es keineswegs zuzulassen würde, daß der Reichstag wieder vollkommen in autoritäres Geleise gerät. Da die Nationalsozialisten, innerlich und äußerlich gespalten, zur Zeit keinerlei Interesse an einem Konflikt haben, ist nicht zu erwarten, daß diese Richtung der nationalsozialistischen Fraktion, an deren Spitze der Abgeordnete Stöhr stehen soll, sich durchsetzt. Der Friedenswille der Nationalsozialisten zeigt sich auch in der gestrigen Ältestenratsitzung.

Präsident Göring will darauf hin, daß in seiner heutigen Sitzung der Reichstag sich mit dem vom Reichstag beschlossenen Annahemittel beschließen werde. Sollte der Reichstag Einspruch gegen dieses Gesetz erheben, dann müßte die Begründung des Reichsrats abgemerkt werden. Für die Begründung habe der Reichstag eine Frist von vierzehn Tagen. Es habe also gar keinen Zweck, den Reichstag vorher einzuberufen.

Hg. Böbe (SPD) meinte, man könne doch nicht annehmen, daß der Reichsrat, falls er überhaupt Einspruch erhebe, Wert darauf lege, die Entscheidung des Reichstags unnötig hinauszuzögern. Er hoffe, daß der Reichsrat von vierzehntägiger Frist Abstand nehme und es dem Reichstag ermögliche, noch in dieser Woche zusammenzutreten und durch abermalige Festlegung seines Beschloßes die Annahme endgültig zu verabschieden.

Schließlich wurde beschloßen, daß der Ältestenrat heute abend 7 Uhr nach der Sitzung des Reichsrats noch einmal zusammenzutreten und die Aussprache fortsetzen soll.

## Schleicher beim Reichspräsidenten

Reichsminister von Schleicher hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten über die gestrige neue Rotterdamsche Botung gehalten. Wichtigst ist die Aufhebung der Verordnungen über Sondergerichte und Justizausstellungen für politischen Terror, die Aufhebung der Press-Notverordnungen und die Erhaltung nur der wichtigsten Vorschriften sowohl aus diesen Verordnungen wie aus dem Republikverfassungsgesetz in Form einer neuen Verordnung auf Grund des Artikels 48.

Diese, ursprünglich „Verordnung zur Förderung des inneren Friedens“ betiteltet Maßnahme wird auf Grund der Beratungen in den Kreislagen noch einige Veränderungen erfahren und auch eine neue Reihenfolge erhalten. Sie wird zugleich mit einer Erklärung der Reichsregierung bekanntgegeben werden, in der die Wiederherstellung der politischen Bewegungsfreiheit, des Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheits ausdrücklich begründet und gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß bei Mißbrauch der politischen Freiheiten noch schärfere Maßnahmen bereit gehalten werden.

## Sternenbanner vor Asien

Von  
WALTER BOSSHARD

Unser nach den Philippinen entsandter Sonderberichterstatter schildert den Freiheitskampf dieses Inselvolkes, das durch Amerika reich wurde, aber auch den Vorposten der amerikanischen Politik in Ostasien darstellt. Aus wirtschaftlichen Beweggründen hat der amerikanische Kongreß sich jetzt bereit erklärt, den Philippinen innerhalb von acht oder zehn Jahren die volle politische Freiheit zu gewähren.

MANILA, 10. NOVEMBER

Kein Gedanke hat in den letzten Jahren in Asien einen so mächtigen Widerhall gefunden, wie die Willensvolle Zerteilung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Von Strahlen bis Japan hinauf macht sich immer härter die große Bewegung bemerkbar, „Los vom Wossien“. Während in den europäischen Kolonien in Asien sich diese Entwicklung unter harten politischen Kämpfen vollzieht, hat sich in den Philippinen der nationale Drang nach Unabhängigkeit in aller Stille und ohne Störung der amerikanischen Verwaltung entwickelt. Der Kongreß liegt darin, daß Amerika bei der Kolonisierung des Landes vollkommen andere Methoden eingeschlagen hat als die europäischen Großmächte in ihren Kolonialgebieten. Das politische Erdbeben ist aber darum nicht anders.

Die Philippinen sind seit dem 10. Juli 1898 mit einer kurzen Unterbrechung spanischer Besitz und gelangten 1898 nach dem spanisch-amerikanischen Kriege unter amerikanische Herrschaft. Die große Zahl von Ritzern und die imposanten Gebäude im spanischen Stil erinnern heute noch an die historische Vergangenheit, die sich mit der großartigen amerikanischen Bautätigkeit moderner Sachlichkeit vermischt.



hat. Selbst die radikalsten Vertreter des philippinischen Unabhängigkeits-Bewegens geben zu, daß die vergangenen 30 Jahre amerikanischer Verwaltung dem Lande einen gewaltigen Aufschwung gebracht haben. Durch Verbesserung der Hygiene und radikale Einschränkung der Säugetiersterblichkeit ist die Bevölkerung von 6,7 Millionen Seelen im Jahre 1903 auf 13,5 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. Seit langer Zeit wird ein Drittel der Staatsentnahmen für Schulzinsen und ein Sechstel für Gesundheitsdienst aufgewendet. Das junge Amerika hat kein Sympathie, um in Erinnerung an seine eigene koloniale Vergangenheit zu beweisen, daß diese Methoden der Kolonisation an Großzügigkeit jede andere Maß übersteigen.

Trotz der Doppelrolle der Einwohnerschaft in den letzten 30 Jahren gehören die Philippinen noch zu den dünn besiedelten Agrarländern. Wie aber auch in den anderen Gebieten Asiens, ist die Bevölkerungszunahme hier hauptsächlich den Städten zugute gekommen, wo die unheimlichsten des modernen Lebens und die hohen Löhne im Zusammenhang mit großartigen Bildungsmöglichkeiten ein gewisses Prestige geschaffen haben, das zum Träger der Unabhängigkeitsbewegung geworden ist. In der Geschichte des Landes fehlt es nicht an revolutionären Kämpfen, die sich in der spanischen Zeit gegen die kulturelle und wirtschaftliche Unterdrückung der Bevölkerung richteten. Diese Kämpfe haben auch einen philippinischen Freiheitskämpfer, José Rizal, geschaffen, der nach langer Verbannung und einem Aufenthalt

## Hoovers unentschlossene Botschaft

### Für eine unverbindliche Fühlungnahme am runden Tisch

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung  
NEW YORK, 19. DEZEMBER

Präsident Hoover hat heute seine mit Spannung erwartete Schulden-Botschaft an den Kongreß gerichtet, die aber ein noch schlecht verfaßtes Eingehändertes mangelnder Autorität während der Leberungszeit bis zum Einzug Roosevelts ins Weiße Haus darstellt. Der Präsident schlägt dem Kongreß vor, einen Ausschuss zu bilden, der die Schuldenmaßnahmen einer erneuten Prüfung unterziehen soll. Wenn der Kongreß auf diese beschlossene Initiative absteht, will Hoover um die Mitarbeit Roosevelts nachsuchen und eine derzeitige Kommission im Namen der Bundesregierung ins Leben rufen.

Hoover gibt in seiner Botschaft aber wenigstens an, daß die Schuldenfrage eine Reihe sehr ernsther Konsequenzen geschaffen habe, deren Bedeutung seine weitere Aufschüßerung erlaubt. Die Behandlung der Schuldenfrage auf dem regulären diplomatischen Weg, den Roosevelts empfohlen hat, erscheint ihm unangemessen, und Hoover setzt sich als beste Verhandlungsform für eine Aussprache mit den Vertretern der Schuldnerstaaten am runden Tisch ein. Da die wirtschaftlichen Fragen mit der Abwicklung und mit der Befreiung der Schulden eng verbunden seien, schlägt der Präsident vor, daß die Mitglieder der Genfer Abwicklungskommission in eine Schuldenkommission abdelegiert werden sollen.

Nach dem vorgebrachten Gedankengang will Hoover anscheinend in vorläufiger Form zugehen, bis es Sache der Weltwirtschaftskonferenz ist, namentlich ohne amerikanischen Widerstand die Schuldenfrage endgültig zu bereinigen. Aufgabe der geplanten Kommission wird es zur

sein, in Fühlung mit den Schuldnerländern vorbereitende Arbeit zu leisten. Ob der Kongreß den Wünschen des Präsidenten entgegenkommen wird, muß bezweifelt werden. Dieser hat auch Roosevelts nicht zu erkennen gegeben, daß er Hoover in der Schuldenfrage unterstützen will.

Bemerkenswert an der Botschaft ist vor allem, daß sie die französisch-amerikanische Kontroverse gar nicht berührt, und auch das belaste Thema vermeidet, ob Amerika die Initiative zu Revisionenverhandlungen mit den säumigen Schuldnerstaaten Frankreich, Belgien und Polen ergreifen soll.

## England gegen Schuldnerfront

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung  
LONDON, 19. DEZEMBER

Im Unterhaus wurde an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie nicht zur Gleicheit der Kriegsschuldensatzungen an Amerika die Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien zu einer Konferenz einladen solle, um gemeinsame Schritte zu ergreifen, wie die Sonderabteilung der europäischen Länder mit Amerika günstiger gestaltet werden könne. In Vertretung des Fremdenministers erwiderte Baldwin, daß die amerikanische Regierung sich bereit erklärt habe, mit der englischen Regierung baldmöglichst in Verhandlungen über die Kriegsschulden einzutreten und daß aus diesem Grunde die englische Regierung die vorgeschlagene Konferenz im Augenblick nicht für wünschenswert halte.

Es wurde gleichzeitig bekanntgegeben, daß die Regierung von Frankreich ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, ihre Kriegsschuldensatzungen an England zu entrichten.